



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Speck von Sternburg: Die Wahrheit über die deutsche Expansion

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

„Verlorenen Handschrift“ nur eben an. Aber auch er hat geschaffen, was besteht und heute noch so wenig überwunden ist, wie es auf lange Zeit nicht überwunden werden wird. In der Umgrenzung, die er selbst erkannt hat und mit einer gewissen Bewußtheit einhielt, ist und bleibt er ein Meister voller Größe und voller Humor; das behagliche Verhältnis, das er zu seinen Gestalten hat, hindert ihn nie, sie als Glieder großer Bewegungen zu betrachten, wie denn jener große Schicksalszug, aus dessen Begreifen heraus der vom Kriege heimgekehrte die „Ahnen“ schuf, schon die Werke der frühern Jahrzehnte durchdrang und der ganzen Erscheinung den Unterton gab. Wir wollen Gustav Freytag halten und behalten, ihn unsrer Jugend immer aufs neue vorlegen, aber nicht nur unsrer Jugend, denn er gehört uns allen. Der Verlagsbuchhandlung aber, die der neuen Biographie ins Leben half, sei der Wunsch unterbreitet, sie möge Gustav Freytags Werke endlich auch weiten Kreisen als Besitz des Hauses zugänglicher machen, durch wohlfeile Ausgaben, wie sie dem Dichter, der immer ein Freund des kleinen Mannes war, wohl zukommen.



## Die Wahrheit über die deutsche Expansion

Botschafter Freiherr Speck von Sternburg in der North American Review



ir sind in der Lage, hier eine vollständige Übersetzung des Artikels „Die Wahrheit über die deutsche Expansion“ zu geben, den der deutsche Botschafter in Washington, Frhr. Speck von Sternburg, vor einigen Tagen in der North American Review veröffentlicht hat:

Immer wieder lese ich in einigen westeuropäischen und auch amerikanischen Zeitungen, die Unabhängigkeit Hollands und Belgiens, der beiden kleinen Nachbarreiche des mächtigen Deutschen Reiches, sei durch das angeblich kriegslustige, unruhige und expansionsgierige Deutschland bedroht. Und auch solche Politiker, die sich der in die Augen springenden Tatsache nicht verschließen können, daß der Deutsche Kaiser ein begeisterter Anhänger der Friedensidee ist, daß die deutschen Regierungen seit 37 Jahren, seit dem großen nationalen Kampfe der Jahre 1870/71 immer für den Frieden und viel weniger als andre Länder für Expansion gewirkt haben, daß das deutsche Volk keinen andern Wunsch hat, als seine Geschäfte friedlich betreiben zu können — auch solche Politiker meinen vielfach oder geben vielfach vor zu meinen, wenn auch die Friedensliebe Deutschlands, wie die Geschichte seit dem Bestehn des Deutschen Reiches beweise, nicht angezweifelt werden könne, so würde doch auch ein friedliebendes Deutschland rein durch die Gewalt der Tatsachen, durch die Logik der Entwicklung selbst über kurz oder lang zu einer Annexion Hollands und des flämischen Teils von Belgien mit dem Hafen Antwerpen gezwungen werden. Deutschland hätte, so heißt es dann zumeist,

einen jährlichen Bevölkerungszuwachs von 800 000 Menschen. Diese neuen Massen müssen durch die Industrie ernährt werden; und das Deutsche Reich würde, um die Rohmaterialien und die Absatzgebiete für dieses stetig notwendige industrielle Wachstum zu erwerben, mit oder gegen seinen Willen zu kolonialer Expansion gezwungen. Die Bedingung für die Möglichkeit einer solchen Expansion wäre die Annexion von Holland und des flämischen Belgiens mit Antwerpen. Deutschland brauche die Vergrößerung seiner maritimen Basis und die Herrschaft über den Unterrhein und seine Häfen. Für den Fernerstehenden mag diese Argumentation den Schein der Wahrscheinlichkeit haben. Wer jedoch die Verhältnisse kennt, weiß ohne weiteres, daß diese Wahrscheinlichkeit nicht die Wahrheit ist. Zum ersten ist es nicht richtig, daß Deutschland um seiner wachsenden Industrie willen kolonialer Expansion bedürfe. An dem Aufschwung des deutschen Handels und der deutschen Industrie war die steigende Kaufkraft eines beliebigen der andern Länder, Englands, Frankreichs, Rußlands oder Amerikas weit mehr beteiligt als alle deutschen Kolonien zusammen. Nicht Kolonien braucht das Deutsche Reich, sondern den freien Wettbewerb auf allen Meeren und die offene Tür, die freie gleichberechtigte Mitarbeit neben andern gewerbe- und handeltreibenden Nationen an der wirtschaftlichen Erschließung noch freier, unaufgeschlossener Wirtschaftsgebiete. Deshalb ist das Prinzip der offenen Tür die leitende Idee der deutschen Überseepolitik, der rote Faden, der sich durch die gesamte ostasiatische, orientalische, marokkanische Politik des Deutschen Reichs zieht. Die deutschen Waren sind gut genug, auf ausländischen Märkten keine nur durch politische Herrschaft zu erringende Vorzugsbehandlung, sondern nur der Gleichberechtigung mit der Einfuhr andrer Länder zu bedürfen. Die Erde ist groß genug, reich genug an noch schlummernden Möglichkeiten, um allen Nationen ein friedliches Nebeneinander der Arbeit zu gestatten.

Ebenso falsch ist es, wenn dann weiter behauptet wird, die Bedingung einer solchen angeblichen kolonialen Expansion wäre die Annexion Hollands und Antwerpens. Daß die Rheinmündungen von fremden Staaten beherrscht würden, wäre für das Deutsche Reich unerträglich. Nun ist aber das ganze deutsche Eisenbahn- und Kanalsystem auf die beiden Haupthandelshäfen Bremen und Hamburg gestellt, die sich, wie die Entwicklung zeigt, auch den enorm und rapide gestiegenen Anforderungen des Verkehrs vollkommen gewachsen gezeigt haben und noch weiter vergrößerungsfähig sind. Freilich ist der Rhein eine wichtige, besonders für die industriell hochentwickelte Rheinprovinz unentbehrliche Wasserstraße. Der Export aus den Gegenden am Rhein wird gewiß immer die billige und nähere Wasserstraße auf dem Rhein dem teuern und weitem Schienenweg über Bremen vorziehen. Es ist aber für Deutschland gänzlich gleichgültig, ob die Rheinschiffe, die die Produktion der deutschen Rheinlande ans Meer bringen, auf ihrem Wege an deutschen, holländischen oder belgischen Küsten entlang fahren, denn die Rheinschiffahrt ist von jeden Abgaben, Hindernissen und Erschwerungen vollkommen frei und könnte bei deutscher Beherrschung der zu durchzufahrenden

Gegenden nicht freier sein, als sie jetzt ist. Und diese Freiheit ist durch die Rheinschiffahrtsakte zwischen den interessierten Staaten durch Vertrag festgelegt. Auch der deutsche Seehandel leidet durch den Transport der Produkte der Rheinlande auf dem Rhein keinen Schaden, da diese deutschen Waren in den Häfen der Rheinmündungen von deutschen Schiffen nach der Übersee verfrachtet werden.

Demnach beruhen die Gründe, die Deutschland dazu zwingen sollen, die beiden Nachbarstaaten zu annektieren, auf falschen Voraussetzungen. Wenn man aber noch näher zusieht und unabhängig von den speziellen Behauptungen, die ich im Eingang angeführt habe, die Lage der drei Staaten im allgemeinen betrachtet, so entdeckt man, daß solche Gründe, aus denen heraus Deutschland eine Annexion oder auch nur einen wirtschaftlichen Zusammenschluß erstreben müßte, überhaupt nicht existieren, wohl aber eine ganze Anzahl anderer, die einer Annexion oder einem wirtschaftlichen Zusammenschluß entgegenstehn. Was zunächst die Rohmaterialien betrifft, deren die deutsche Industrie bedarf, so produziert Holland überhaupt keine solchen, Belgien nur Kohle und Eisen, also gerade die Rohmaterialien, die in Deutschland im Überfluß, und ohne ganz ausgebeutet werden zu können, vorhanden sind. In Belgien hat sich zudem noch, gestützt auf den Kohlen- und Eisenbergbau, eine blühende Eisenindustrie entwickelt, die durch Zölle geschützt für das belgische Inland und hauptsächlich für überseeischen Export arbeitet. Bei einem Wegfall der deutsch-belgischen Grenzen würden die Produkte dieser Industrie auf den deutschen Inlandsmarkt drücken, der jetzt von der deutschen Eisenindustrie beherrscht wird; und umgekehrt würden die deutschen Konkurrenzzeugnisse auf den belgischen Inlandsmarkt drücken, sodaß also der deutschen wie der belgischen Industrie vielleicht eine Erhöhung der Zölle, ganz gewiß aber nicht ihr Wegfall erwünscht wäre. Denn ganz wie mit der Eisenindustrie steht es mit andern konkurrierenden Industrien der beiden Länder. So denkt kein Mensch weder in Deutschland noch in Belgien an eine Zollunion der beiden Länder. Und das Gespenst einer Annexion, mit dem eine Gruppe gewisser ausländischer politischer Schriftsteller gern den Belgiern Angst vor Deutschland einjagen möchte, schreckt in Belgien auch die vernünftigen Kinder nicht.

Mit Holland steht es nicht viel anders. Holland produziert ebenfalls keine Rohmaterialien, die die deutsche Industrie gebrauchen könnte. Es ist ein freihändlerisches Land, dessen Zolltarif durch finanzielle, nicht durch protektionistische Rücksichten bedingt ist; soweit die deutsche Produktion von dem holländischen Absatzgebiet Nutzen ziehen kann, bedarf sie keiner Zollunion. Im Gegenteil hat die deutsche Landwirtschaft die deutsch-niederländische Zollgrenze nötig. Holland ist ein agrarisches Land, das Getreide ein- und Vieh ausführt. Eine freie Einfuhr von niederländischem Vieh, die jetzt durch die deutschen Seuchenschutzmaßregeln verhindert wird, würde das ostdeutsche Vieh von den Märkten des dichtbevölkerten Westens verdrängen und dem landwirtschaftlichen Osten Deutschlands schweren Schaden zufügen.

Als vor einigen Jahren das großartige Kanalprojekt der preussischen Regierung, das den Osten durch eine Wasserstraße mit dem Westen verbinden sollte, dem preussischen Landtag zur Genehmigung vorgelegt wurde, brachten die mächtige konservative Partei und die übrigen Vertreter agrarischer Interessen die Vorlage zu Fall, weil, wie man glaubte, eine solche neue Verbindung die Einfuhr agrarischer Produkte begünstigen und die Landwirtschaft des Ostens schädigen würde. Die gleichen Widerstände würden sich nur noch in weit höherem Grade gegen einen Wegfall der deutsch-niederländischen Grenzen geltend machen.

Man könnte jedoch meinen, daß zwar keine wirtschaftlichen, wohl aber politische Annexionsmotive bestehn könnten. Glauben kann man ja mancherlei, was man nicht beweisen kann. Wie die Verhältnisse in Europa jetzt liegen, kommen die Niederlande, die einst der gewöhnliche Kriegsschauplatz waren, in strategisch-geographischer Beziehung nicht mehr in Betracht. In den Zeiten, wo England noch kontinentale Kriege führte und seine Heere an der Seite der Deutschen gegen das raublustige Frankreich Ludwigs des Vierzehnten und Napoleons des Ersten fochten, waren die Niederlande Kriegsschauplatz. Aber diese Zeiten sind vorbei. Selbst wenn wider alle Voraussicht der Friede auf dem europäischen Kontinent einmal gestört werden sollte, so liegen die Niederlande doch abseits von allen wahrscheinlichen Kriegsschauplätzen. Strategische Rücksichten also können es nicht sein. Oder bilden etwa die freien Niederlande eine politische Gefahr für das Deutsche Reich, eine Gefahr, der Deutschland durch Annexion zuvorkommen müßte? Es gibt weder in Deutschland noch in den Niederlanden ein Kind, das glaubt, es würde jemals eine politische Kombination möglich werden, in der die Niederlande in einem europäischen Konflikt etwa an der Seite Englands oder Frankreichs gegen das Deutsche Reich kämpfen würden. Nur der, der die Verhältnisse der beiden Völker, ihre Rassen- und Kulturverwandtschaft, ihre natürliche Interessengemeinschaft nicht kennt, kann in einem freien Niederlande die eventuelle Möglichkeit eines politischen Nachteils für das Deutsche Reich fürchten. Die andern wissen, daß Deutschland der Neutralität der Niederlande sicher ist und mehr als die Neutralität nicht braucht.

Im übrigen verkennen ganz allgemein die Leute, die, trotzdem die Handlungen der deutschen Politik immer wieder das Gegenteil beweisen, von deutschen Annexionsgelüsten, sei es nun gegen Holland oder Dänemark oder gegen die deutschen Provinzen Österreich-Ungarns sprechen, gänzlich Sinn und Art der Verfassung des Deutschen Reichs. Deutschland ist keineswegs ein Bundesstaat, dem sich beliebig viele andre Staaten ohne weiteres angliedern lassen. Die Einzelstaaten, die diesen Gesamtstaat bilden, sind von sehr verschiedner Größe und Bedeutung und sind demnach in dem Ausschuß der verbündeten Regierungen, dem Bundesrat, in verschiedner Stimmenzahl vertreten. Preußen als weitaus der größte der Bundesstaaten hat die meisten Stimmen und behält so im Bundesrate die historische Führung, die es in der deutschen Geschichte in der Gründung des Reichs gehabt hat. Auf dieser preussischen Führerrolle ist das Reich auf-

gebaut; das Verhältnis der Bundesstaaten zueinander ist ein sehr festes, aber etwas kompliziertes Gleichgewichtssystem, das gerade durch seine Kompliziertheit eine gewisse Starrheit hat. Eine Einbeziehung anderer Staaten in dieses System wäre infolgedessen in der Praxis gar nicht so einfach, wie der Außenstehende leicht glaubt. Es würde bei einer solchen Einbeziehung viele geben, die eine Neuordnung der Stimmberechtigungen der Einzelstaaten im Bundesrate für notwendig hielten. Eine solche Neuordnung wäre auch im besten Falle wie jede einschneidende Verfassungsänderung ein schwieriges Unternehmen. Man kann es deshalb nur mit der Unkenntnis der deutschen Verhältnisse erklären, daß die chauvinistische Presse Westeuropas den guten Ruf Deutschlands namentlich in den Vereinigten Staaten zu untergraben sucht und bald den Dänen, bald den Böhmen, den Deutschösterreichern oder den Holländern graulich machen will vor einer bevorstehenden Einverleibung ihrer Staaten in das Deutsche Reich, die im Deutschen Reiche niemand wünscht — und die gerade dort, auch wenn man sie wünschte, bedeutenden Schwierigkeiten begegnen müßte.

Ich glaube nicht, daß die Märchen von der deutschen Annexion in Holland oder Belgien selbst erfunden worden sind. Die sind anderswo zu suchen.

Dieses Gefühl der Sicherheit, das jeder der beiden Staaten nach Lage der Dinge gegenüber dem andern hat und logischerweise haben muß, kommt in den ausgezeichneten Beziehungen zum Ausdruck, die zwischen den beiden Staaten herrschen und immer geherrscht haben, und die weder von der einen noch von der andern Seite jemals getrübt worden sind. Die Vortrefflichkeit der Beziehungen liegt auf der einen Seite in der Paralleltät der Interessen, auf der andern Seite in kulturellen und ideellen Motiven fest verankert. Ich glaube, die Bedeutung des ideellen Moments in der Politik wird meist unterschätzt. Nach Maßgabe der Rassenunterschiede mögen sich diese ideellen Gesichtspunkte bei verschiedenen Völkern allerdings in verschiedner Stärke und verschiedner Richtung geltend machen. Im allgemeinen sind gewiß Völker germanischer Rasse weniger als andre den Stimmungen des Augenblicks und von der Phantasie erzeugten Gefühlen untertan, desto mehr aber der Macht einer gewissen ruhigen historischen Kontinuität, einer Art von Treue gegenüber der eignen Geschichte. Ihre Entwicklung ist weniger sprunghaft und willkürlich, sondern ruhiger und geradliniger. Sie tun nicht gern Dinge, die im Widerspruch stehn mit den Überlieferungen der Geschichte. Deutsche und Holländer haben, abgesehen von der Rassenverwandtschaft ihrer Empfindungen und ihrer Eigenschaften, eine gemeinsame Geistesgeschichte. Trotz aller Liebessehnsucht nach dem Süden empfand der deutsche Künstler zwischen sich und dem südländischen Meister immer noch eine Kluft, die sich niemals, auch in der höchsten Bewunderung und Hingabe, ganz schloß. Von dem Holländer trennt ihn keine Kluft — hier lebte er in der gleichen Atmosphäre, die gleiche Seelen umgibt. Dies mag für die Politik bedeutungslos sein, dient aber auch nur zur Illustrierung einer allgemeinen Gefühlsverwandtschaft, die sich auf allen Gebieten äußert und mehr, als man

in einer materialistisch denkenden Zeit zu glauben geneigt ist, auf die Politik reflektiert. Die Niederlande finden auf jeder Seite der deutschen Geschichte den gleich unbändigen Freiheits- und Selbstständigkeitsdrang, der sie selber befeelt. Die geistigen Bestrebungen beider Völker sind seit Jahrhunderten in besonders engem Kontakt gewesen. Was in jedem der beiden Länder gedacht und geschrieben wurde, wirkte auf das andre zurück — man kann sagen, die beiden Völker arbeiteten Hand in Hand.

Das Gleiche war politisch der Fall; ich will auf ältere Dinge nicht zurückgreifen, auf die Hilfe der deutschen Staaten während der spanischen Besetzung, die die Kurfürsten von Brandenburg während der niederländischen Kriege Ludwigs des Bierzehnten von Frankreich den Niederlanden geleistet haben. Aber auch die Geschichte des letzten Jahrhunderts zeigt die gleiche Gemeinschaft der politischen Interessen und Aktionen. Das neue Königreich der Niederlande entstand, als preußische Truppen im Frühjahr 1814 die Franzosen aus Holland und Belgien zurückdrängten. Als dann vor und während des Wiener Kongresses zwischen den Kabinetten der vier gegen Napoleon siegreichen Großmächte England, Österreich, Preußen und Rußland über die Neuordnung der durch Napoleon verwirrten europäischen Dinge verhandelt wurde und diese vier Mächte sich daraufhin geeinigt hatten, ein starkes vereinigtés Königreich der Niederlande, dem Belgien mit angehören sollte, zum Schutz gegen abermals zu erwartende französische Expansionsgelüste zu bilden, war es neben dem englischen Kabinet, das die Niederlande durch Vergrößerung auf dem Kontinent die Wegnahme der Kolonien Ceylon und des Kaplandes vergessen machen wollte, der König von Preußen, der sich aus traditioneller Freundschaft für die niederländische Sache am meisten verwandte. Im Jahre 1830 war es abermals der König von Preußen, der den Franzosen keine Zweifel darüber ließ, daß die von ihnen bei Gelegenheit der Brüsseler Revolution ersehnte Annexion von Belgien Krieg mit Preußen bedeuten würde, und auf diese Art die Unabhängigkeit der Belgier rettete. Damals schlossen die Mächte ein Abkommen, das das von dem Königreich der Niederlande losgelöste Königreich Belgien für neutral erklärte. Dadurch hoffte man, das kleine Land vor französischen Annexionsgelüsten zu retten, ebenso wie die Verbündeten im Jahre 1815 das Vereinigte Königreich der Niederlande durch die Anlegung starker Festungen an der Westgrenze zu schützen für nötig befanden.

Napoleon der Dritte hat dann in den sechziger Jahren, als Bismarck an der Einigung Deutschlands arbeitete, wiederholt dem preußischen Staatsmann angeboten, ihm gegen Überlassung von Belgien an Frankreich freie Hand in innerdeutschen Angelegenheiten zu lassen, ein Ansinnen, auf das Bismarck nie eingegangen ist. Die Belgier wußten es denn auch ganz gut, daß sie, im Falle daß Napoleon bei Sedan gesiegt hätte, ihre Unabhängigkeit verloren hätten.

Ich will jedoch alle diese Dinge, die der Vergangenheit und einer gänzlich andern politischen Lage angehören, nicht überschätzen oder etwa gar behaupten,

die Belgier ständen der ruhigen Politik des heutigen Frankreich mit ähnlichen Befürchtungen gegenüber wie der des dritten Napoleon. Die Dinge, die damals wahr waren, sind inzwischen falsch geworden, und auch die lebhaftesten geschichtlichen Erinnerungen würden gewiß, wenn es sonst sachliche Anhaltspunkte dafür gäbe, die beiden Staaten Holland und Belgien nicht abhalten, ihren Befürchtungen eine andre Richtung zu geben. Immerhin aber mag die Erinnerung daran, daß die Geschicke zweier Völker in der Vergangenheit freundschaftlich verkettet waren, diese Völker verhindern, ohne sachliche Anhaltspunkte voneinander Feindschaft und Übelwollen zu befürchten, sie schafft ein allgemeines Milieu gegenseitigen Vertrauens, das, wenn es auch rein ideeller Natur wäre, immer auch auf das praktische Handeln zurückwirken muß.

Deshalb möchte ich annehmen, daß die grundlose Angst, Deutschland könne die Niederlande oder Belgien annectieren wollen, ihren Ursprung gar nicht in Niederland oder Belgien hat, sondern in andern Ländern, wo Menschen, die weder Deutschland noch die Niederlande kennen, glauben, das große Deutschland müßte eigentlich die beiden kleinen Nachbarstaaten annectieren wollen.

Es mag ja richtig sein, daß nach dem Kriege von 1870/71, als aus dem seit Jahrhunderten zerrissnen und machtlosen Deutschland, das man in Europa als *quantité négligeable* anzusehen gewohnt war, mit einemmal ein mächtiger einheitlicher Staat geworden war, das Ungewohnte der neuen Situation manchem Holländer und Belgier Zweifel darüber aufsteigen ließ, ob der neue Staat auch den rechten Gebrauch von seiner jungen Macht machen würde. Diese Befürchtungen erwiesen sich aber als grundlos und schwanden bald als Begleiterscheinungen einer Übergangszeit.

Heute aber ist die Heimatstätte solcher Befürchtungen nicht mehr Belgien und Holland. Vor einigen Jahren begann eine Gruppe von Schriftstellern unter der Inspiration einflussreicher Politiker gewisser europäischer Westmächte eine heftige Kampagne für eine holländisch-belgische Entente, die das einzige Mittel sein sollte, die beiden Staaten vor der drohend bevorstehenden Annexion durch den Deutschen Kaiser zu schützen. Diese Politiker schrieben vielleicht in gutem Glauben und meinten überdies, im Interesse ihrer Länder zu handeln, wenn ringsum in der Welt die kleineren Völker, erschreckt durch das böse deutsche Gespenst, veranlaßt würden, sich in den Schutz ihrer eignen uneigennützigern und weniger gefährlichen Freundschaft zu begeben.

Wie dem auch sei, es gibt jedenfalls keinen bessern Beweis für die Grundlosigkeit dieser Annexionsangst als den, daß dieses schreckliche deutsche Gespenst gar keine eigne holländisch-belgische Produktion, sondern fremde Importware ist.

